

NEUTRAL, SCHNELL & EINFACH

Über Abstimmungen
& Wahlen informiert!

Abstimmung am:

10.06.2018





In einem Vollgeld-System könnten Geschäftsbanken nicht mehr selber Buchgeld schaffen. Nur noch die Schweizerische Nationalbank könnte somit Geld schöpfen. Dieses würde direkt an Bund, Kantone und die Bevölkerung ausbezahlt werden.

Die Initianten wollen, dass in der Schweiz ein Vollgeld-System eingeführt wird.

Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!
(Vollgeld-Initiative)



CH

Vollgeld soll ein stabileres Finanzsystem gewährleisten, indem die SNB die Geldmenge/Kreditvergabe direkt steuern kann.

Der Finanzsektor wird krisensicherer, insolvente Banken müssen nicht vom Staat gerettet werden und die Guthaben auf Zahlungsverkehrskonten sind gesichert.

Geldschöpfungsgewinne der SNB gehen an den Bund, die Kantone und die Bürger. So können Steuern gespart und Schulden beglichen werden.

Die VGI ist ein riskantes Experiment. Die Folgen auf das Schweizer Finanzsystem und die Wirtschaft sind nicht vorhersehbar.

Die SNB könnte ihre Aufgaben nicht mehr zur Genüge erfüllen. Sie würde zudem unter politischen Druck geraten.

Ein Vollgeld-System kann nicht alle Versprechen der Initianten halten. Vermögensblasen können beispielsweise auch unter Vollgeld entstehen und Spareinlagen werden nicht sicherer als jetzt.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

Das Bundesgesetz über Geldspiele und andere betroffene Gesetzestexte werden angepasst. Das neue Gesetz soll die Spielerinnen und Spieler besser schützen. Es sollen auch im Internet nur noch in der Schweiz bewilligte Spiele zugelassen werden. Dies soll mit Zugangssperren für ausländische Anbieter sichergestellt werden. Auch fallen Gewinnsteuern auf Gewinne von weniger als einer Million weg.



Die Erneuerung des Geldspielgesetzes um der Digitalisierung gerecht zu werden und die Verfassungsänderung vom 11. März 2012 umzusetzen.

Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz)



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Die Spielerinnen und Spieler sollen besser geschützt werden.

Schweizer Geldspielanbieter leisten einen Beitrag zur AHV/IV und gemeinnützigen Organisationen welche mit dem Gesetz gesichert werden.

Geldspiele welche keine Schweizer Bewilligung haben, sollen auch im Internet nicht durchgeführt werden können.

Schweizer Anbieter erhalten eine Monopolstellung im Schweizer Markt.

Die vorgeschlagenen Zugangssperren könnten später auch bei anderen Internetangeboten eingesetzt werden.

Das neue Gesetz beinhaltet keine effektive Prävention von Spielsucht und macht Geldspiele gar attraktiver.



CH

Dafür

Dagegen



Eine Gesetzesinitiative wollte im Lehrplan „Volksschule Baselland“ Stoffinhalte und Themen, aber keine Kompetenzen verankern. Ein Gegenvorschlag des Landrats möchte Stoffinhalte, Themen und Kompetenzen im Lehrplan integrieren. Die Initiative wurde zurückgezogen, weshalb nur der Gegenvorschlag zur Abstimmung steht.

Der Lehrplan «Volksschule Baselland» soll Stoffinhalte, Themen und zu erwerbende Kompetenzen (was Schüler wissen müssen = Lernziele) festsetzen.

Änderung des Bildungsgesetzes (Stufenlehrpläne Volksschule)



BL

Durch die Integration von Kompetenzen kann der Lehrplan «Volksschule Baselland» auf Basis des Lehrplans 21 umgesetzt werden. Dies entspricht der Bundesverfassung.

Ein kompletter Neuaufbau des Lehrplans «Volksschule Baselland» kann verhindert werden. Dadurch können Kosten gespart werden.

Durch die Verbindung von Stoffinhalten und Kompetenzen können die Unterrichtsinhalte in allen Schulen auf die gleichen Ziele ausgerichtet werden.

Im Landrat nahmen sämtliche Landräte aller Parteien den Gegenvorschlag an und auch die Initianten der Gesetzesinitiative waren mit dem Vorschlag einverstanden und zogen die Initiative daraufhin zurück. Aufgrund dessen gibt es keine wirklichen Gegenargumente.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

Die Initianten beobachten, dass viele Primarschüler/-innen mit dem Erlernen der zwei Fremdsprachen Englisch und Französisch überfordert sind. Auf Primarstufe soll in Zukunft nur noch Französisch als Fremdsprache unterrichtet werden. Bei Annahme der Initiative wird der Landrat beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.



Die Initianten möchten die Überforderung der Primarschüler/-innen bekämpfen und darum den Englischunterricht auf Primarstufe abschaffen.

Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Die betroffenen Kinder werden entlastet. Frust und Demotivation wegen Überforderung können verhindert werden.

Der Englischunterricht auf der Primarstufe trägt nicht wesentlich zum Spracherwerb bei. In der Sekundarstufe bleibt genug Zeit, um Englisch zu lernen.

Es bleibt mehr Zeit für das Erlernen der deutschen Sprache und anderer Fächer wie Mathematik, Werken oder Musik.

Es gibt keine empirischen Belege für die Überforderung der Schüler/-innen. Eine Untersuchung im Jahr 2021 darüber soll abgewartet werden.

Die Regelung würde den Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat bedeuten und so für Familien einen Umzug in andere Kantone erschweren.

Auf der Sekundarstufe muss mehr Englisch unterrichtet werden, um nach der Schule die gleichen Kompetenzen wie heute zu erreichen.



BL

Dafür

Dagegen



Der Bildungsrat berät bisher die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) und den Regierungsrat in allen wichtigen Fragen des Bildungswesens. Er beschliesst die Stundentafeln und Stufenlehrpläne. Diese Aufgabe soll ab August 2019 durch die Baslerbieter Regierung wahrgenommen werden. Für die Wahl der Lehrmittel und Leistungsmessungen wäre neu die BKSD zuständig. Der Bildungsrat selber soll durch den «Beirat Bildung» mit weniger Kompetenzen abgelöst werden.

Die Kompetenzen des Bildungsrats sollen grösstenteils auf die Regierung und die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) übertragen werden.

Änderung des Bildungsgesetzes (Ersatz Bildungsrat durch Beirat Bildung)



BL

Der Bildungsrat fällt Entscheide zu langsam. Zudem sind diese nicht anfechtbar.

Es ist störend, dass der Bildungsrat finanzpolitische Entscheide treffen kann, ohne diese dem Parlament vorlegen zu müssen.

Für Fehler im Bildungssystem wird stets die Regierung kritisiert, auch wenn die Entscheide vom Bildungsrat gefällt werden. Die Gesetzesänderung korrigiert dieses Missverhältnis zwischen Kompetenz und Verantwortlichkeit.

Die Bildungslandschaft braucht Kontinuität und Planungssicherheit. Bei einem Ja wären diese Faktoren aufgrund politischer Machtkämpfe gefährdet. Fachkompetenz müsste politischen Einzelinteressen weichen.

Die Stimmberechtigten haben sich bereits in mehreren Abstimmungen für den Bildungsrat ausgesprochen. **Die Bildungsdirektorin**, welche auch dem Bildungsrat vorsitzt, möchte mehr Entscheidungsmacht übernehmen.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

Aktuell besteht im Raumplanungs- und Baugesetz die Bestimmung, dass Baugesuchsgebühren bis zu einer Obergrenze von 100'000 Franken erhoben werden können. Im Rahmen seines Massnahmenpakets zur Entlastung des Staatshaushalts wollte der Regierungsrat diese Obergrenze auf 150'000 Franken erhöhen. Der Landrat beschloss schliesslich, dass die Obergrenze ganz abgeschafft werden soll.



Die bestehende Gebührenobergrenze für Baugesuche soll aufgehoben werden.

*Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes
(Aufhebung der Gebührengrenze)*



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Jeder soll für den Aufwand, welcher durch die Prüfung eines Baugesuchs entsteht, vollumfänglich aufkommen.

Die Gesetzesänderung führt zu Mehreinnahmen, ohne dass kleinere Unternehmen betroffen wären. Denn zurzeit überschreiten nur rund 0.4% aller Baugesuche die Gebührenobergrenze.

Nebst dem Kanton Basel-Landschaft kennt einzig die Stadt Luzern einen vergleichbaren Gebührendeckel. Die Gesetzesänderung wäre daher lediglich eine Anpassung an die allgemeine Praxis und kein Experiment.

Mit der geplanten Aufhebung der Gebührenobergrenze verliert der Kanton an Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Betroffen wären primär Gewerbebauten mit hohen Investitionssummen.

Von der Gesetzesänderung sind zudem grosse Wohnbauten und folglich auch die Wohnkosten für Haushalte mit tiefem Budget betroffen.

Die Aufhebung könnte mittel- bis längerfristig gesehen Signalwirkung haben und auch zu einer Anhebung der Baubewilligungskosten für kleinere Bauvorhaben führen.



BL

Dafür

Dagegen

Über Vimentis

Vimentis.ch ist die grösste Politikplattform der Schweiz. Über 60 Studierende setzen sich ehrenamtlich für bessere Entscheide in der Schweizer Politik ein.

Wen wähle ich in den Nationalrat?

Vimentis – Einfach Wählen findet in wenigen Minuten die Kandidierenden, welche Ihrer politischen Meinung am nächsten sind.

Wie stimme ich ab?

Zu allen nationalen und vielen kantonalen Abstimmungen schreibt Vimentis neutrale Zusammenfassungen, um in nur 60 Sekunden abstimmen zu können!

Was finde ich sonst noch auf Vimentis?

Interessierte Leser/-innen finden detaillierte Hintergrundtexte zu Abstimmungen und anderen politischen Themen.

**Weitere Infos auf
vimentis.ch**

